

Hans Ullrich
stellv. Fraktionsvorsitzender
hullrich@t-online.de
Mobil: +49 172 6912205

SPD-Fraktion Florstadt • Weitgasse 8 • 61197 Florstadt

An den
Stadtverordnetenvorsteher
der Stadt Florstadt
Herrn Dietmar Schmidt

10. Juni 2026

Zeichen: 2026-014

**Anfrage: Ergänzende Nachfrage der SPD-Fraktion zur unzureichenden Beantwortung der Anfrage
„Lummerland / Familienzentrum“ in der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juni 2026**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

die SPD-Fraktion beantragt die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Sachverhalt

Die SPD-Fraktion hat in der Stadtverordnetenversammlung vom 03.06.2026 eine umfangreiche Anfrage zur geplanten Nachnutzung des ehemaligen Kindergartenstandortes „Lummerland“ als Familienzentrum gestellt.

Bei der Bewertung der Antworten des Bürgermeisters musste festgestellt werden, dass zahlreiche Fragen nicht oder nur teilweise beantwortet wurden. Dies betrifft insbesondere Fragen zu den tatsächlichen Gründen für die Aufgabe des Kindergartenstandortes, zur Schadstoff- und Schimmelsituation, zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Nachnutzung sowie zu den noch offenen fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen für die geplante Nutzung.

Besonders kritisch bewertet die SPD-Fraktion die Beantwortung der ursprünglichen Frage 13, welche konkreten Schadstoffbelastungen oder gesundheitlichen Risiken zusätzlich zu den bekannten baulichen Mängeln vorlagen und welche Rolle diese bei der Aufgabe des Standortes gespielt haben.

Hierzu erklärte der Bürgermeister, dass die Aufgabe des Kindergartenstandortes nicht aufgrund einer akuten Schadstoffbelastung erfolgt sei. Maßgeblich wären eine strategische Neuausrichtung gewesen.

Der SPD-Fraktion liegt inzwischen die Aktennotiz des "Runden Tisches" vom 15.01.2025 vor, an dem unter anderem Bürgermeister Daniel Imbescheid sowie Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung teilgenommen haben.

Darin wird ausdrücklich festgehalten:

- dass aufgrund eines vermuteten Schimmelbefalls eine Luftkeimzahlbestimmung beauftragt wurde,
- dass Feuchtigkeitsmessungen, Referenzmessungen und Luftmessungen durchgeführt wurden,
- dass sämtliche Messwerte im oberen Grenzbereich lagen,
- dass die Schimmelproblematik im Gebäude ausführlich thematisiert wurde,
- dass betroffene Räumlichkeiten nicht genutzt wurden,
- dass insbesondere der Turnraum für den Betrieb der Kindertagesstätte als unverzichtbar bezeichnet wurde,
- und dass im unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Feststellungen ausgeführt wurde, dass die Kita Lummerland im Sommer 2025 definitiv geschlossen werde.

Diese Sachverhalte wurden bei der Beantwortung der Anfrage weder dargestellt noch eingeordnet. Dadurch entsteht zumindest der Eindruck, dass der Stadtverordnetenversammlung kein vollständiges Bild der tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen vermittelt wurde.

Anfrage

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung der folgenden Fragen:

Zur Schadstoff-, Feuchtigkeits- und Schimmelproblematik:

1. Weshalb wurden die in der Aktennotiz vom 15.01.2025 dokumentierten Feuchtigkeits-, Schimmel- und Raumlftprobleme bei der Beantwortung der Frage 13 nicht erwähnt?
2. Trifft es zu, dass aufgrund eines vermuteten Schimmelbefalls Luftkeimzahlmessungen beauftragt wurden?
3. Trifft es zu, dass Feuchtigkeitsmessungen, Referenzmessungen und Raumlftmessungen durchgeführt wurden?
4. Welche konkreten Messergebnisse wurden dabei festgestellt?
5. Welche Gebäudeteile und Räumlichkeiten waren von den festgestellten Problemen betroffen?
6. Welche Räume wurden aufgrund dieser Feststellungen zeitweise oder dauerhaft nicht genutzt?
7. Welche konkrete Bedeutung hatten die festgestellten Feuchtigkeits-, Schimmel- und Raumlftprobleme für die Entscheidung, den Standort im Sommer 2025 aufzugeben?
8. Ist die Aussage des Bürgermeisters dahingehend zu verstehen, dass die festgestellten Probleme keinerlei Einfluss auf die Schließungsentscheidung hatten?
9. Falls dies nicht der Fall ist: Warum wurde dieser Zusammenhang gegenüber der Stadtverordnetenversammlung nicht dargestellt?
10. Hält der Bürgermeister die Beantwortung der Frage 13 vor dem Hintergrund der Aktennotiz vom 15.01.2025 weiterhin für vollständig und geeignet, der Stadtverordnetenversammlung ein zutreffendes Gesamtbild der Entscheidungsgründe zu vermitteln?

Zu weiteren bislang offenen Fragen:

11. Welche konkreten alternativen Nutzungen des Gebäudes wurden geprüft und aus welchen Gründen verworfen?
12. Warum erfolgte die öffentliche Kommunikation über die geplante Nachnutzung bereits vor einer umfassenden Information der politischen Gremien?

13. Welche konkreten Sanierungs-, Umbau- und Modernisierungskosten werden derzeit erwartet?
14. Welche laufenden Betriebs-, Unterhaltungs- und Folgekosten werden kalkuliert?
15. Wer soll diese Kosten künftig tragen?
16. Liegt mittlerweile eine aktuelle brandschutztechnische Bewertung des Gebäudes vor?
17. Liegt inzwischen eine fachliche Freigabe vor, die bestätigt, dass das Gebäude nach Durchführung der vorgesehenen Maßnahmen gesundheitlich uneingeschränkt für Familienangebote, Publikumsverkehr und sonstige Nutzungen geeignet ist?
18. Wurde inzwischen geprüft oder bewertet, ob die vorgesehene Nutzung im Zusammenhang mit der Lagerung, Ausgabe oder Zwischenlagerung von Lebensmitteln hygienisch und gesundheitlich unbedenklich ist?

Begründung

Die SPD-Fraktion sieht die vorliegende ergänzende Anfrage und Nachfrage als erforderlich an, da die Beantwortung der ursprünglichen Anfrage in wesentlichen Punkten unvollständig geblieben ist.

Besonders die inzwischen vorliegende Aktennotiz vom 15.01.2025 wirft Fragen zur Vollständigkeit der Darstellung in der Stadtverordnetenversammlung auf. Während dort ausführlich über Feuchtigkeitsprobleme, Schimmelverdacht, Luftkeimzahlmessungen, Nutzungseinschränkungen einzelner Räume und die Auswirkungen auf den Betrieb der Einrichtung berichtet wird, fanden diese Sachverhalte in der Beantwortung der Anfrage keine Erwähnung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat Anspruch auf eine vollständige und nachvollziehbare Darstellung der tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein städtisches Gebäude aufgrund dokumentierter baulicher und gesundheitlicher Fragestellungen aufgegeben wurde und nun einer neuen Nutzung zugeführt werden soll.

Darüber hinaus sind wesentliche Fragen zu Kosten, Folgekosten, Brandschutz, gesundheitlicher Eignung, Hygienefragen sowie zu den Gründen der politischen Entscheidungsfindung weiterhin offen. Die SPD-Fraktion hält daher eine ergänzende und vollständige Beantwortung für erforderlich, um die parlamentarische Kontrollfunktion sachgerecht wahrnehmen zu können

Wir bitten um präzise und ausführliche mündliche Beantwortung unserer oben dargestellten Fragen durch den Magistrat in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Mit freundlichen Grüßen



Hans Ullrich
stellv. Fraktionsvorsitzender